

Kay Gottschalk

- (A) Wenn im Nachgang also Gesetze erlassen werden müssen, um Vertrauen zurückzugewinnen – nichts anderes ist das hier, weil ein Skandal geschehen ist –, dann sind Sie einfach zu spät dran, verehrte Kollegen von der Koalition.

Insgesamt sind wir als AfD-Fraktion aber froh, dass der Gesetzentwurf zum Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz – schönes Wort – die drei Schwerpunkte gesetzt hat, die wir bereits in unserem Gesetzentwurf hier im Hause eingebracht haben, auch wenn es nur ein kleiner Schritt ist.

Wir wollten ja eine Trennung von Beratung und Abschlussprüfung und auch entsprechende Beratung; das ist jedoch mit keinem Wort erwähnt worden.

Wir wollten eine deutliche Verkürzung der Rotationszeit bei Abschlussprüfern. Zehn Jahre sind immer noch zu lang. Auch wenn Sie die Abschlussprüferteams austauschen: Mein Gott, tut ein Team dem anderen innerhalb des Hauses weh? Wohl kaum, so wie wir die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften kennengelernt haben. Also, lösen Sie sich da von Illusionen!

Höhere Haftung bei Fehlern: Das ist begrüßenswert. Aber, liebe Kollegen von der SPD, Sie wollten eine unbegrenzte Haftung. Da hat hier wohl der Koalitionsfrieden gerade noch mal so zu einer vernünftigen Lösung geführt.

Leider gehen Sie in diesen drei Punkten, wie gesagt, nicht weit genug.

- (B) Auch beim Gesetz zur Stärkung des Anlegerschutzes – darauf möchte ich noch eingehen – fehlt der große Wurf. Der wichtige Anlegerschutz war ja aufgrund der vielen Skandale schon oft Thema hier im Hohen Hause. Aber es wird endlich Zeit, Prospekte nicht nur auf Vollständigkeit, auf Verständlichkeit und Kohärenz zu prüfen, also formell, sondern hier auch – gehen Sie doch endlich diesen Schritt! – eine materiell-inhaltliche Prüfung einzuleiten; denn dann ist es echter Anlegerschutz, liebe Kollegen.

Prospekte sind im Bereich Anlegerschutz nach wie vor wie ein Gütesiegel; so verstehen es die Anleger. Und relevant ist doch: Was ist der Erfahrungs- und Verständnishorizont der Anleger, verdammt noch mal, da draußen? Also lassen Sie uns diesen Schritt gemeinsam gehen. Vor allen Dingen, wenn Sie über Anlegerschutz reden: § 4 FinDAG, der die BaFin betrifft, wird jetzt reformiert, aber die BaFin haftet nach wie vor nicht, wenn sie Fehler begeht. Die Haftung ist mal im Zuge der Herstatt-Pleite abgeschafft worden.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Herr Kollege.

Kay Gottschalk (AfD):

Ja, ein Satz noch. – Das muss geändert werden. Wer von anderen etwas verlangt, muss auch selbst haftbar sein, wenn er Fehler macht. Die BaFin hat derer Fehler in diesem Verfahren viele begangen, meine Damen und Herren. Und –

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Herr Kollege, nichts „und“. Jetzt ist gut.

Kay Gottschalk (AfD):

Ist gut. – Es bleibt also abzuwarten, ob dieses Gesetz die großen Erwartungen erfüllt, bis zum nächsten Knall. Aber wir werden uns als Fraktion enthalten, da es ein richtiger Schritt in die richtige Richtung ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der SPD: Gute Nummer! Dafür muss man sonst viel im Zirkus bezahlen!)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Kay Gottschalk. – Nächster Redner: für die CDU/CSU-Fraktion Matthias Hauer.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Matthias Hauer (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Tausende Anleger haben wegen des Wirecard-Skandals ihr Ersparnis verloren, Mitarbeiter haben ihren Arbeitsplatz verloren und viele Menschen in Deutschland Vertrauen in den gesamten Finanzplatz.

Es war eine richtige Entscheidung, dazu einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Deshalb stimmt nicht, was mein Vorredner gerade gesagt hat: Wir haben uns intensivst mit diesen Themen auseinandergesetzt. Ich sage auch bewusst: Es ist unsere Pflicht, uns damit auseinanderzusetzen, aufzuklären, die politische Verantwortung zu klären und vor allem auch die Lehren aus diesem Skandal zu ziehen. – Mit den ersten beiden Punkten werden wir uns Ende des Folgemonats beschäftigen, wenn wir den Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses vorlegen, an dem wir gerade mit Hochdruck arbeiten. Heute geht es also um den dritten Punkt, um die Lehren aus dem Wirecard-Skandal.

Wir wollen gemeinsam dafür sorgen, dass sich ein solcher Skandal – Bilanzbetrug gepaart mit multiple Aufsichtsversagen – nicht wiederholen kann. Deshalb beschließen wir heute ein Maßnahmenpaket zur Stärkung der Integrität des Finanzmarktes. Das Paket ist auch ein gemeinsames Ergebnis der fraktionsübergreifend konstruktiven Arbeit im Untersuchungsausschuss und im Finanzausschuss. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich bei den Ausschussmitgliedern sowie auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Kay Gottschalk [AfD])

Die Insolvenz von Wirecard hat den Bundesfinanzminister aus einem jahrelangen Aufsichtstiefschlaf abrupt aufgeweckt. Er hat dann eilig einen Aktionsplan vorgelegt, als er vor den Finanzausschuss zitiert wurde, dann einen Gesetzentwurf, als der Untersuchungsausschuss eingesetzt wurde. Natürlich konnte der Gesetzentwurf noch keine Maßnahmen enthalten, die Erkenntnisse, die

(C)

(D)

Matthias Hauer

- (A) wir im Untersuchungsausschuss gewonnen haben, berücksichtigten. Alles nur, weil Herr Scholz, den ich heute leider auf der Regierungsbank vermisste,

(Beifall des Abg. Dr. h. c. [Univ Kyiv] Hans Michelbach [CDU/CSU])

ja lieber überhastet über Reformen sprechen wollte und nicht über unterlassene Rechts- und Fachaufsicht seines eigenen Ministeriums.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Es war deshalb dringend nötig, den Gesetzentwurf in wesentlichen Punkten zu verändern.

Als Unionsfraktion haben wir deutliche Verschärfungen vorgeschlagen. Wir bedanken uns auch bei unserem Koalitionspartner, dass er da mitgeht. Wir stoßen einen Kulturwandel bei der BaFin an. Wir schaffen eine Bilanzkontrolle aus einer Hand. Wir erhöhen die Haftung bei der Abschlussprüfung deutlich, und wir schaffen mehr Transparenz bei der Verletzung von Berufspflichten. Wir stärken Aufsichtsräte, und wir verbessern Compliance-Regeln.

- (B) Hunderte Stunden Zeugenvernehmungen haben gezeigt: Der Kulturwandel bei der BaFin ist dringend nötig. Wir brauchen eine Kultur des Hinsehens. Bei Wirecard hat die BaFin zu lange weggesehen – bei der Bilanzkontrolle, bei der Finanzaufsicht, bei der Geldwäscheaufsicht, bei Mitarbeitergeschäften. Und da, wo sie gehandelt hat, übrigens in Kenntnis der Spitze des Bundesfinanzministeriums, traf sie eine fatale Fehlentscheidung, nämlich beim Leerverkaufsverbot. Wir stoßen jetzt diesen Kulturwandel bei der BaFin an. Wir wünschen dem designierten BaFin-Präsidenten Mark Branson ein glückliches Händchen und werden ihn bei der Umsetzung konsequent unterstützen.

Bei der Bilanzkontrolle machen wir einen echten Neuanfang. Das bisher zweistufige Verfahren, BaFin und private Prüfstelle, hat sich nicht bewährt. Dennoch wollten Bundesfinanzminister Scholz und Justizministerin Lambrecht daran festhalten. Wir gehen einen anderen Weg: Wir beenden den Kompetenzwirrwarr und sorgen für eine starke Bilanzkontrolle aus einer Hand.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Einer weiteren Konzentration auf dem Wirtschaftsprüfermarkt auf wenige, auf vier Prüfungsgesellschaften wirken wir gezielt entgegen. Wir wollen auch kleine und mittelständische Prüfungsgesellschaften stärker beteiligen. Dafür verkürzen wir Rotationsfristen: zehn Jahre für Gesellschaften, fünf Jahre für die Prüfungsteams vor Ort.

(Zuruf der Abg. Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mit einer deutlichen Anhebung der Prüferhaftung für Pflichtverletzungen schaffen wir zusätzliche Anreize für sorgfältige Prüfungen. Durch eine Staffelung der Haftungshöchstbeträge halten wir Prüfungsleistungen in den allermeisten Fällen versicherbar, sodass Geschädigte in Zukunft bessere Möglichkeiten haben, Schäden aus Pflichtverletzungen auch ersetzt zu bekommen.

(Zuruf der Abg. Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]) (C)

Auf Initiative der Union schaffen wir zudem größere Transparenz bei Pflichtverletzungen. Wenn Prüfer gegen Berufspflichten verstoßen, werden künftig Ross und Reiter zu nennen sein. Wir stärken Aufsichtsräte in den Unternehmen. Wir schreiben einen Prüfungsausschuss gesetzlich vor, stattdessen die Mitglieder mit zusätzlichen Kompetenzen aus. Zudem wollen wir auch bei Bundesoberbehörden lückenlos ein hohes Maß an Compliance schaffen – mit klaren Regeln und konsequenter Durchsetzung.

Das heutige Gesetz ist wichtig; es kann aber nur der Anfang sein. Der Kulturwandel muss vorangetrieben werden. Bei Geldwäsche und Finanzaufsicht sind weitere Änderungen nötig. Wir werden auch diese Themen beherzt vorantreiben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Matthias Hauer. – Nächster Redner: für die FDP-Fraktion Dr. Florian Toncar.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Florian Toncar (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesregierung hat es sich ja manchmal zur Angelegenheit gemacht, Gesetze mit einfachem Namen zu überschreiben, wie zum Beispiel das sogenannte Gute-KiTa-Gesetz. Würde sie das hier auch machen, dann müsste man sagen: Es soll heute das Schlechte-Gewissen-Gesetz beschlossen werden, liebe Kolleginnen und Kollegen. (D)

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Dr. h. c. [Univ Kyiv] Hans Michelbach [CDU/CSU])

Denn es ist doch so: Weil die Regierung und weil die Behörden umfassend versagt haben, soll jetzt ein Gesetz das Publikum milde stimmen und bei den Wählerinnen und Wählern den Eindruck hinterlassen, dass was passiert.

Aber man muss eines ganz klar sagen: Die Aufdeckung des Wirecard-Skandals ist nicht an schlechten Gesetzen gescheitert. Sie ist daran gescheitert, dass die BaFin nicht Herrn Marsalek angezeigt hat, was sie hätte tun können, sondern kritische Journalisten. Sie ist daran gescheitert, dass die BaFin nicht mit allen Mitteln gegen Wirecard ermittelt hat, die sie hatte, sondern sich stattdessen mit einem Leerverkaufsverbot auf die falsche Seite gestellt hat. Und ein Staat, der sich auf die falsche Seite stellt, weil er Dinge falsch beurteilt, wird mit keinem Gesetz dieser Welt, auch nicht mit dem, das Sie heute beschließen, bessere Entscheidungen treffen. Deswegen geht es erst mal nicht um mehr Gesetze, sondern um einen Kulturwandel und um die Wahrnehmung von Verantwortung in Regierung und Aufsicht.

(Beifall bei der FDP)